

AUSGABE 1 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetag zur Lockdown-Verlängerung

Sorge wegen kommunaler Finanzlage

Mehr Tempo beim Impfen

Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Baugesetzbuch-Novelle: Interview mit Staatssekretärin Bohle

AUS DEN STÄDTEN

Städte gedenken der Corona-Toten

Digitalisierungsstrategie von Frankfurt am Main

Emissionsfreier Liefererverkehr in Dortmund

Hilfe für Clubszene in Bremen

FORUM

Nachbarschaftspreis für Welcome-Treff in Halle/Saale

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN



Städtetag unterstützt Beschlüsse von Bund und Ländern zur Lockdown-Verlängerung

Der Deutsche Städtetag hält die Verlängerung des Lockdowns bis Mitte Februar und die zusätzlichen Maßnahmen in der Corona-Krise für nötig. Städtetagspräsident Burkhard Jung sagte der Deutschen Presse-Agentur:

„Lockerungs- und Öffnungsdiskussionen würden den Menschen zum jetzigen Zeitpunkt falsche Hoffnung geben. Wir brauchen jetzt noch einmal eine große gemeinsame Kraftanstrengung im Kampf gegen die Pandemie, um die Welle der Infektionen zu brechen.“

Der Corona-Winter sei härter geworden als viele im Herbst gedacht hätten.

„Und er wird jetzt auch länger dauern. Doch wir haben nur dann eine Chance, das Virus zu besiegen, wenn wir die zu hohen Infektionszahlen weiter nach unten drücken und die Gefahr durch die Mutationen ernst genug nehmen.“

Deshalb seien die zusätzlichen Maßnahmen nachvollziehbar und nötig. Jung nannte als Beispiele mehr Homeoffice, weniger Kontakte auf der Arbeit und im öffentlichen Nahverkehr und einen besseren Schutz durch wirksamere Masken im Nahverkehr und beim Einkaufen. Darauf hatten sich Bund und Länder am Dienstag verständigt.

Der Leipziger Oberbürgermeister sagte weiter: „Trotzdem hoffen die Menschen natürlich nicht nur auf die Impfungen, sondern auch auf einen Lichtblick für die Zeit nach dem Lockdown. Deshalb begrüßen wir, dass Bund und Länder ein Konzept für eine Öffnungsstrategie erarbeiten wollen.“

Maskenlieferung aus Leipzig in die Partnerstadt Krakau.
Foto: Stadt Leipzig/sf



Flächendeckende Impfungen seien ein wichtiger Schlüssel, um den Menschen eine Perspektive zu eröffnen. „Die kommunalen Impfzentren sind gut vorbereitet und könnten rasch sehr viele Menschen impfen. Wir gehen davon aus, dass täglich im gesamten Bundesgebiet eine Größenordnung von schätzungsweise 250.000 Impfungen möglich wäre. Das Tempo wird derzeit allerdings stark gedrosselt durch die geringen Impfstoffmengen, die wir bekommen.“ Der Lieferengpass bei Pfizer/Biontech bringe die Planung vor Ort durcheinander und mache Terminvergaben schwierig.

Damit sich in den Bussen und Bahnen und am Arbeitsplatz weniger Menschen befinden, bemühe man sich in den Städten, den Nahverkehr so häufig wie möglich fahren zu lassen, so Jung.

„Wir appellieren aber auch an die Arbeitgeber, mehr Arbeit im Homeoffice möglich zu machen oder flexible Arbeitszeiten anzubieten.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages

„Es ist ein guter Schritt, dass Unternehmen ihren Beschäftigten Homeoffice jetzt ermöglichen müssen, sofern die Tätigkeiten das zulassen. Da muss mehr geschehen als bisher, um stärker Kontakte zu reduzieren.“

Jung sagte, die Städte als Arbeitgeber wollten mit gutem Beispiel vorangehen und den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Homeoffice ermöglichen.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de

Städtetag: Debatte über Impfpflicht kommt zu früh

Die Diskussion über eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, wie sie der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) Anfang Januar angestoßen hat, kommt aus Sicht von Städtetags-Hauptgeschäftsführer, Helmut Dedy, zu früh. Dedy sagte im SWR Tagesgespräch, etwa in Pflegeeinrichtungen gebe es zwar eine ausgeprägte Impfszurückhaltung. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse man aber vielmehr Überzeugungsarbeit leisten. „Und jetzt zu sagen, wir können euch nicht überzeugen, also zwingen wir euch – das kommt mir ein bisschen früh. Ich fürchte, dass die Geschichte auch nach hinten losgehen kann“, sagte Dedy. Der Hauptgeschäftsführer forderte Arbeitgeber und Klinikbetreiber auf, die Mitarbeiter von der Wichtigkeit von Impfungen zu überzeugen.

TITELFOTO

Wochenmarkt auf dem Domplatz in Münster

Wer genau hinschaut, erkennt die dichtgedrängten Stände. Das Winterfoto der Altstadt von oben stammt noch aus Vor-Corona-Zeiten. Wenn Impfkampagne und Corona-Regeln erfolgreich helfen gegen die Pandemie, wird es dort in einem der kommenden Winter vielleicht mal wieder so aussehen.

(Foto: Presseamt Münster, Bernhard Fischer)

Städte in Sorge wegen kommunaler Finanzlage

Der Deutsche Städtetag warnt vor Finanzierungslücken in den Kommunen und hofft auf eine weitere Entlastung durch Bund und Länder.

„Wir appellieren deshalb dringend an Bund und Länder, ihre gute Entscheidung aus 2020 zu erneuern: Wir brauchen auch 2021 und 2022 einen Ausgleich der Gewerbesteuerverluste der Kommunen“, sagte der Präsident des Städtetags und Leipziger Oberbürgermeister, Burkhard Jung, der Deutschen Presse-Agentur. Im neuen Jahr werde das Aufkommen der Gewerbesteuer bundesweit um etwa 6,6 Milliarden Euro geringer ausfallen als ursprünglich erwartet. Jung verwies auf die jüngste Prognose des Stabilitätsrats, der für die Kommunen für 2021 ein Defizit von 7,5 Milliarden Euro erwartet. In den kommenden vier Jahren zusammengekommen drohen demnach sogar Defizite für die Kommunen in Höhe von 35 Milliarden Euro. Der Stabilitätsrat ist ein Gremium von Bund und Ländern, das die Haushalte beider Seiten überwacht.

Erhebliche Finanzierungslücke

„Im zu Ende gehenden Jahr sind wir mit unseren Haushalten in den Städten noch mal mit einem blauen Auge davongekommen“, sagte Jung. „Die Gewerbesteuer ist massiv eingebrochen. Aber wir konnten dennoch investieren, dank einer beherzten Unterstützung von Bund und Ländern.“ Für die kommenden beiden Jahre gebe es hingegen noch keine gemeinsame Strategie, um die kommunalen Investitionen zu sichern. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Um die coronabedingten Einbrüche auszugleichen, springt der Bund im laufenden Jahr mit 6,1 Milliarden Euro ein und für die Länder mit 4,8 Milliarden Euro. Jung warnte, eine schwindende Investitionskraft der Kommunen gefährde den Aufschwung im gesamten Land. „Das gefährdet städtische Investitionen etwa in Kitas, Schulen,

Turnhallen und weitere Infrastruktur. Investitionen, die für die Menschen vor Ort wichtig sind, aber auch für eine schnelle Erholung der Konjunktur nach Ende des Lockdowns.“

Eine nichtrepräsentative Umfrage des Städtetags in 52 Kommunen aus allen Teilen Deutschlands liefert Hinweise auf eine erhebliche Finanzierungslücke. In den beteiligten Städten brechen demnach 2021 voraussichtlich je Einwohner 365 Euro Einnahmen im Vergleich zum Jahr 2019 weg, also der Zeit vor der Corona-Pandemie. Die an der Umfrage beteiligten Städte berichteten von einem Finanzloch von 6,4 Prozent ihres Haushaltsvolumens für das Jahr 2021. Mehr als die Hälfte dieser Städte müssen nach Angaben des Städtetags ihre klammen Haushalte bei den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung einreichen, ein Viertel ist wegen besonders großer Haushaltsnot zu einem Haushaltssicherungskonzept gezwungen. „Damit einher geht praktisch immer auch ein Abbau von Dienstleistungen der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger“, warnte Jung. „Wir müssen verhindern, dass in vielen Städten der Rotstift regiert und die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen bei den Ausgaben und Investitionen massiv eingeschränkt wird.“

Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de

„Städte müssen weiter investieren können“

„Ein Signal von Bund und Ländern, wir lassen euch nicht im Regen stehen“, forderte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Anfang Januar im Interview der Woche im Deutschlandfunk zu erwarteten Gewerbesteuer-Einbußen, Corona-Impfungen, dem Verkehr, dem Handel und den Innenstädten.

➔ <https://t1p.de/DLF-Interview>

Städtetag fordert mehr Tempo beim Impfen

Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder zu mehr Tempo bei den Corona-Impfungen aufgefordert. Städtetagspräsident Burkhard Jung sagte der Deutschen Presse-Agentur:

„Derzeit impfen überwiegend mobile Teams in Pflege- und Altenheimen. Das ist wichtig. Dadurch stehen aber die Impfzentren überwiegend leer. Hier muss die Impfkampagne zügig an Fahrt gewinnen.“ Die Menschen setzten große Hoffnungen in rasche flächendeckende Impfungen. „Diese dürfen nicht enttäuscht werden.“

An der Impfstrategie hatte es zuletzt große Kritik wegen bisher knapper Impfstoffmengen gegeben. Der Leipziger Oberbürgermeister sagte: „Die kommunalen Impfzentren stehen bereit, in großem Umfang und rasch zu impfen. Pro Tag könnten dort bundesweit einige hunderttausend Menschen geimpft werden. Aber wir können erst richtig durchstarten, wenn mehr Impfstoff vor Ort ankommt.“

Jung sagte, dass bald zwei Hersteller in großem Umfang liefern werden, stimme ihn zuversichtlich. „Vor allem muss klar sein, wann wieviel Impfstoff wo genau ankommt. Nur wenn alle Beteiligten gut informiert sind, können wir einen guten Job machen. Besonders wichtig ist uns in den Städten, dass von den Ländern klar kommuniziert wird, welche Personengruppen ab wann geimpft werden können. Es muss nachvollziehbar sein, wer als nächster an der Reihe ist.“

Wichtig sei auch, mit der laufenden Kampagne die Menschen aufzuklären und für eine Impfung zu werben, um möglichst viele Menschen für eine Impfung zu gewinnen. „Das gilt vor allem für das Personal in Pflegeeinrichtungen und in Krankenhäusern. Es fällt schwer zu sehen, dass hier die Impfbereitschaft des Personals nicht höher ausgeprägt ist als im Durchschnitt der Bevölkerung“, so Jung. „Ich bitte daher ausdrücklich die



Oberbürgermeister Burkhard Jung bei der Eröffnung des Impfzentrums auf der Neuen Messe Leipzig am 8.12.2020. Foto: Lutz Zimmermann

Menschen in den medizinischen und Pflegeberufen, sich impfen zu lassen.“

Der Städtetagspräsident forderte außerdem Bund und Länder auf, die Verabredungen der Beratungen vom vergangenen Dienstag rasch und konsequent umzusetzen. „Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für Lockerungs- und Öffnungsdiskussionen. Es geht jetzt darum, endlich die Welle zu brechen.“

Auch die Bundesregierung hatte am Freitag dazu aufgerufen, die mit den Bundesländern gemeinsam getroffene Beschlüsse zur Verschärfung und Verlängerung des Lockdowns auch umzusetzen. Entgegen der Beschlüsse sollen aber in einigen Ländern doch Schulen etwa für Abschlussklassen früher wieder öffnen.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de

Zur Novelle des Baugesetzbuches – Interview mit Staatssekretärin für Bau und Heimat Anne Katrin Bohle

Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (Baulandkommission) hat bereits im Juli 2019 Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Baulandmobilisierung und Bodenpolitik vorgelegt. Einen Schwerpunkt der Empfehlungen bildeten Änderungsvorschläge zum Baugesetzbuch – diese wichtige Weichenstellung wurde allerdings noch nicht umgesetzt.

Was sind aus Ihrer Sicht für die Städte die zentralen Errungenschaften des Regierungsentwurfs zum Baulandmobilisierungsgesetz, so wie er ins parlamentarische Verfahren eingebracht wurde?

Der Bedarf an zusätzlichen Wohnungen und bezahlbarem Wohnraum ist immer noch groß. Wir gehen trotz der Folgen der Corona-Pandemie für die Städte weiter davon aus, dass dort, wo gebaut werden kann, mehr gebaut werden muss. Hier soll die BauGB-Novelle den Kommunen unter die Arme greifen. Sie unterstützt sie bei der Bereitstellung von dringend benötigtem Bauland. Neu ist dabei, dass die Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung explizit in Kernvorschriften der städtebaulichen Instrumente verankert wurde. Das ist eine große Errungenschaft. So soll der Wohnbedarf in der Gemeinde die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts als Allgemeinwohlgrund stärker als bisher rechtfertigen dürfen.

An den Änderungsvorschlägen zum Vorkaufsrecht lässt sich auch der Fokus auf die Stärkung der Innenentwicklung ablesen: Auch diese soll als rechtfertigender Allgemeinwohlgrund bei der Ausübung des Vorkaufsrechts gelten. Zudem soll die Zugriffsmöglichkeit der Gemeinden auf Problemimmobilien oder geringfügig bebaute und brachliegende Grundstücke in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten gestärkt werden. Andere Regelungsvorschläge zielen auf eine Verfahrensbeschleunigung beim Wohnungsbau: Die Gemeinden sollen in bestimmten Fällen von

den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn dies die Wohnbedürfnisse erforderlich machen. Mit diesen und weiteren Änderungen stärken wir den Wohnungsbau insgesamt. Das ist ein wichtiges Signal an die Kommunen.

Nach wie vor ungelöst ist die Konfliktlage zwischen Bauplanungsrecht und Immissionsschutzrecht bei an Gewerbe heranrückender Wohnbebauung. Hier hat die Baulandkommission eine Experimentierklausel empfohlen. Wird das BMI sich jetzt dafür einsetzen?

Wir haben weiterhin die umfangreiche Umsetzung des Koalitionsvertrages sowie der Ergebnisse der Baulandkommission zum Ziel. Vor diesem Hintergrund hat das BMI auch die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bauministerkonferenz (BMK) und Umweltministerkonferenz (UMK) zu „Zielkonflikten zwischen Innenentwicklung und Immissionsschutz“ unterstützt.

Der Ende September 2020 finalisierte Abschlussbericht der Arbeitsgruppe enthält nun einen Vorschlag für die Umsetzung einer Experimentierklausel für heranrückende Wohnbebauung durch eine Neuregelung innerhalb der TA Lärm. Nach Beschlussfassung der UMK wird sich nun noch die BMK mit dem Abschlussbericht befassen. Sobald auch ein Votum der BMK vorliegt, wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) die für eine Neuregelung erforderlichen weiteren Prüf- und Verfahrensschritte als für die TA Lärm federführendes Ressort einleiten. An diesem Prozess wird sich das BMI beteiligen.

Wie können Bundes-, Landes- und kommunale Politik aus Ihrer Sicht der andauernden Asymmetrie zwischen Leerstand und überhitzter Nachfrage von Wohnungen besser Rechnung tragen?

Städte und ländlicher Raum sind mit ganz unterschiedlichen Ausgangslagen und



„Eine Stadt-Umland-Kooperation kann dabei helfen, Ballungszentren zu entlasten und den Wegzug aus umliegenden Regionen zu begrenzen.“

Anne Katrin Bohle
Baustaatssekretärin im
Bundesministerium des Innern

Herausforderungen konfrontiert. Wir gehen die Herausforderung dabei ganzheitlich an und haben zum Beispiel mit der Etablierung der Heimatpolitik ein ganzes Politikfeld zur Förderung des ländlichen Raumes geschaffen, das gerade der Entzerrung der von Ihnen genannten Asymmetrien zwischen Stadt und Land dient. Der Bund gibt auch den Kommunen wirkungsvolle Instrumente an die Hand. Eine Optimierung dieses Werkzeugkastens hat das BMI mit dem Entwurf des Baulandmobilisierungsgesetzes auf den Weg gebracht.

Darüber hinaus sollten Wohnungsmarktthemen noch stärker in regionaler Zusammenarbeit behandelt und weiterentwickelt werden. Unterschiedliche Ansätze und gute Beispiele dazu gibt es in den Regionen Hannover, Münster, Freiburg i.Br. oder München.

Am Ende sind Länder und Kommunen gefragt, durch Bauplanung erforderliche Weichen zu stellen. Der Bund unterstützt zudem im Rahmen der Städtebauförderung. Mit ihrer Weiterentwicklung in 2020 werden die aktuellen städtebauliche Herausforderungen angesprochen, wie der Erhalt lebendiger Zentren, Sozialer Zusammenhalt, Brachflächenentwicklung und strukturschwache Regionen. Dabei ist die Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit hervorzuheben. So kann eine Stadt-Umland-Kooperation dabei helfen, Ballungszentren zu entlasten und den Wegzug aus umliegenden Regionen zu begrenzen. Sie sind daher mit einem Förderbonus versehen und können in allen Programmen der Städtebauförderung unterstützt werden.

Warum sorgt die geplante Regelung, für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eine „Umwandlungsbremse“ einzuziehen, für so viel Ärger und Hin und Her bei dem Gesetzentwurf?

Die Bundesregierung hat mit der vorliegenden Regelung einen maßvollen Ausgleich zwischen den Interessen der Mieter und der Vermieter geschaffen.

Die Befürchtungen, dass der Regelungsvorschlag flächendeckende Verbote mit nur wenigen Ausnahmen schafft und zudem im Widerspruch mit der Unterstützung von Eigentumsbildung steht, sind unbegründet. Es geht bei der vorliegenden Regelung allein um einen Genehmigungsvorbehalt zum Schutz von Mietern und dieser Mieterschutz steht nicht per se im Widerspruch mit der Unterstützung von Eigentumsbildung.

Die Interessen von Grundstückseigentümern werden unter anderem im Rahmen der Prüfung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit und des Familienschutzes angemessen berücksichtigt. Die Regelung ist zudem in Anlehnung an die Regelung zur Mietpreisbremse bis Ende 2025 befristet. Neben der zeitlichen Begrenzung gibt es auch eine Räumliche: Sie soll nur in Gebieten mit Wohnraummangel Anwendung finden. Es handelt sich um eine Kann-Bestimmung, über deren Anwendung die Länder entscheiden, die auch die Gebiete mit Wohnraummangel ausweisen. Was wir hier vorgelegt haben, ist also mitnichten ein pauschales Umwandlungsverbot, wie manche beklagen, sondern vielmehr nur eine ausgewogene Umwandlungsregelung.

Städtetag fordert weitere Hilfen für Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Die Städte pochen darauf, dass Bund und Länder den geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder „ordentlich finanzieren“ und nicht über ihre Köpfe hinweg beschließen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte dazu Anfang Januar der Funke Mediengruppe:

„Der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ist eine gute Idee und muss vorangetrieben werden. Aber wir befürchten, dass Bund und Länder mal wieder Sozialpolitik auf Kosten der Städte machen. Wir wollen in der Schlussphase der Beratungen im neuen Jahr endlich mit an den Verhandlungstisch, so wie es auch im Koalitionsvertrag vorgesehen ist.“



Foto: Laurence Chaperon

„Wir befürchten, dass Bund und Länder mal wieder Sozialpolitik auf Kosten der Städte machen.“

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Es darf nicht passieren, dass Bund und Länder über die Köpfe der Kommunen hinweg einen Rechtsanspruch beschließen, der nicht durchfinanziert ist, den wir aber dann in der Praxis umsetzen sollen. Außerdem brauchen wir eine Ausbildungsoffensive, damit es überhaupt genug pädagogisches Personal für die Betreuung und Förderung der Kinder gibt. Sonst schafft ein Rechtsanspruch viel Frust, weil er nicht erfüllt werden kann.

Wir begrüßen Signale von Bund und Ländern, wonach sie den Ganztagsanspruch für Grundschul Kinder gestaffelt einführen wollen. Das ist gut und entspricht einer Forderung des Städtetages. Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder pädagogisch hochwertig betreut werden. Beim Wechsel von der Kita zur Grundschule darf es für Familien keinen Bruch geben. Es wäre aber nicht zu schaffen, schon 2025 für alle vier Klassen in der Grundschule Betreuung und Förderung in hoher Qualität anzubieten. Denn schon heute fehlen viele Erzieherinnen und Erzieher und Sozialpädagogen.

Wir rechnen mit einer Million zusätzlicher Betreuungsplätze, die für einen Rechtsanspruch bereitstehen müssen. Das braucht nicht nur Zeit, sondern muss vor allem auch ordentlich finanziert sein. Viele Horte und Schulen müssen umgebaut, ausgebaut oder sogar gänzlich neu gebaut werden. Die bisher vom Bund bereitgestellte Finanzierung in Höhe von 3,5 Milliarden Euro ist ein guter Anfang, hilft aber nur bei den einmaligen Investitionskosten. Das Deutsche Jugendinstitut veranschlagt allein die Betriebskosten auf etwa 4,4 Milliarden Euro jährlich. Wir sehen Bund und Länder in der Verantwortung, beides für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu finanzieren: nicht nur die zusätzlichen Investitionskosten, sondern auch den Anstieg der laufenden Betriebskosten. Denn bislang tragen die Kommunen den Löwenanteil der Betreuungskosten. Die zusätzlichen Kosten durch Einführung des Rechtsanspruchs müssen von Bund und Ländern übernommen werden.“



Foto: Ed Lawes

Leipziger Delegation besucht Birmingham anlässlich der 25-jährigen Städtepartnerschaft

Nach Brexit: Britisch-Deutsche Städtepartnerschaften wichtiger denn je

Das Vereinigte Königreich hat die Europäische Union am 31. Januar 2020 nach 47 Jahren EU-Mitgliedschaft verlassen. Großbritannien ist seither gemäß dem Austrittsabkommen für die EU offiziell ein Drittland. Ab dem 1. Januar werden zunächst vorläufig die neuen Regelungen angewendet, welche von der Europäischen Union im Abkommen zur zukünftigen Handelspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich verabredet worden sind. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, betonte aus diesem Anlass die weiterhin tiefe Verbundenheit der Menschen in Großbritannien und den Ländern der Europäischen Union. Grenzüberschreitende Städtepartnerschaften seien zukünftig wichtiger denn je. Wörtlich sagte er dazu gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ):

„Mit dem Brexit und dem Abkommen verändern sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den Ländern der

Europäischen Union stark. Die Verbundenheit der Menschen aber wird sich nicht ändern. Auch wenn Großbritannien und die Europäische Union in vielen Fragen künftig keinen gemeinsamen Weg mehr gehen, wünschen sich viele Menschen, dass die gewachsenen Beziehungen fortbestehen.

Im Fahrwasser des Brexits dürfen die Freundschaften und Kontakte zwischen britischen und europäischen Partnerkommunen nicht abreißen. Im Gegenteil: Die Bedeutung solcher Partnerschaften wächst. Es gibt 419 britisch-deutsche Städtepartnerschaften. Sie sind vertrauensvoll und lebendig. Und das soll so bleiben. Wir werden in den deutschen Städten diese Partnerschaften weiterhin aktiv gestalten und dazu nutzen, die Freundschaft zwischen den Kommunen und den Menschen beider Länder zu stärken. Austausch und Verständigung im Kleinen schaffen Frieden im Großen.“

Den Artikel zu den Städtepartnerschaften:
[➔ www.noz.de](http://www.noz.de)

FlächenTOOL

Liegenschaft trifft Ladesäule. Und umgekehrt.

Auf der digitalen Plattform flaechentool.de bieten Kommunen, Unternehmen und Privatleute Flächen für den Aufbau von Ladeinfrastruktur an. Wer in Ladeinfrastruktur investieren möchte, findet hier den perfekten Standort und kann unkompliziert mit Anbietenden in Kontakt treten. flaechentool.de

Einfach laden. Daran arbeiten wir.



Nationale
LEITSTELLE
Ladeinfrastruktur

 Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

NOW
NOW-GMBH.DE

Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur wurde im Auftrag des BMVI und unter dem Dach der NOW GmbH gegründet.



Lernen Sie das
FlächenTOOL kennen:
im **Online-Seminar** am
25.02.2021 um 10 Uhr –
Anmeldung hier:
flaechentool.de/#news



Städte gedenken der Corona-Toten

Rund 130 (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister haben bei der virtuellen Konferenz der unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages am 21. Januar 2021 für eine Schweigeminute ihre Kameras ausgeschaltet und für einen Moment innegehalten. Damit gedachten die Stadtspitzen und der Deutsche Städtetag der Verstorbenen der Corona-Pandemie.

➔ <https://twitter.com/staedtetag>



Frankfurt am Main: Digitalisierungsstrategie online

Die Digitalisierungsstrategie von Frankfurt am Main „Smart City FFM“ ist online abrufbar. Die 160 Seiten sind fokussiert auf das Thema „Smart City“ und auf Smart-City-Projekte, die eine direkte Außenwirkung auf die Stadtgesellschaft und einen Digitalisierungsbezug haben. Ausgespart werden strategische Aspekte, die bereits Teil der E-Government-Strategie (z.B. elektronische Aktenführung und Online-Antragsverfahren) sowie der gesamtstädtischen IT-Strategie sind oder die der Umsetzung rechtlicher Vorschriften dienen (z.B. Onlinezugangsgesetz).

➔ <https://t1p.de/SmartCityFFM>



Bremen: Club 100-Projekt stützt lokale Musik- und Clubszene

Der Club100 ist ein solidarisches Veranstaltungs- und Streamingprojekt für Bremer Clubs und Veranstalterinnen und Veranstalter in den Räumlichkeiten des Pier2, gefördert durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und die Wirtschaftsförderung Bremen. Das Projekt soll die Kultur zurück in die Hansestadt bringen: Bis Ende Mai planen viele kreative Köpfe aus der Bremer Veranstaltungs-, Kultur- und Medienbranche gemeinsam bis zu 40 Shows. Je nach Corona-Lage und dann aktuell geltenden Auflagen kann eine Teilnahme vor Ort mit Hygienekonzept möglich sein oder aber von zu Hause aus mit hochauflösendem Stream.

➔ www.club100-bremen.de

Dortmund testet Mikrodepot und emissionsfreien Lieferverkehr „auf der letzten Meile“

In der Dortmunder Innenstadt hat ein Umschlagplatz für die klimafreundliche Zustellung von Kurier-, Express- und Paketediensten seinen Betrieb aufgenommen. An dem im Auftrag der Stadt Dortmund errichteten temporären Mikrodepots sind UPS, DPD, GLS und Amazon Logistics beteiligt. Die Paketdienstleister nutzen gemeinsam Lagerräume aus Überseecontainern. Von dort werden die Lieferungen mit Hilfe von Lastenrädern und anderen klimafreundlichen Transportmitteln in der Innenstadt verteilt.



Bundessieger Nachbarschaftspreis: Der Welcome-Treff in Halle (Saale) bietet Hilfe für Geflüchtete

Von Julia Burghardt

Deutsch üben, gemeinsam kochen, nähen, spielen, Sachen tauschen, Sport treiben, Formulare ausfüllen, Bewerbungen schreiben, aber auch Kaffee trinken und sich einfach gegenseitig kennenlernen – dafür bietet der Welcome-Treff in Halle (Saale) als „Begegnungsort für Engagierte und Zugewanderte“ Gelegenheit und Raum. Der Welcome-Treff versucht, geflüchteten Menschen zu helfen. Bei Übersetzungen etwa, beim Ausfüllen von Formularen oder bei Behördengängen. Das Besondere: Diejenigen, die helfen, haben oft selbst Flucht- oder Migrationserfahrungen. Seit fünf Jahren gehört dieses Projekt zu den vielen Angeboten in der größten Stadt Sachsen-Anhalts, in denen sich Hallenserinnen und Hallenser ehrenamtlich für Integration und Teilhabe engagieren.

Dieser „Begegnungsort für Engagierte und Zugewanderte“ ist im November Bundessieger beim Deutschen Nachbarschaftspreis der nebenan.de-Stiftung geworden. Mit diesem Preis werden deutschlandweit seit drei Jah-

ren Projekte geehrt, die das Miteinander vor Ort stärken. „Das Engagement für mehr Toleranz und Integration des Projektes „Welcome-Treff“ ist bewundernswert. Es setzt an diesem besonderen Ort in Halle ein Zeichen für mehr Vielfalt und ist damit eine Inspiration für andere Regionen in ganz Deutschland“, heißt es in der Begründung der Jury, in der auch der Deutsche Städtetag Mitglied ist. Mit der Formulierung „besonderer Ort“ bezieht sich die Jury auf die räumliche Nähe des Treffs zur halleischen Synagoge sowie zu einem Döner-Imbiss, die im Jahr 2019 Ziele eines rechtsterroristischen Anschlages waren.

„Unser Welcome-Treff ist nicht nur ein Ort, sondern vor allem ein Gefühl. Das Gefühl, dass hier Zugewanderte willkommen sind und sich willkommen fühlen und sich deshalb aktiv einbringen“, sagt Julia Burghardt. Sie ist die Projektleiterin des Treffs bei der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalekreis, einem Verein, der ehrenamtliches Engagement in der Stadt und im Umland koordiniert und fördert.



Fotos: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalekreis e.V.



Mehr als 30 Stunden pro Woche geöffnet, auch in den Nachmittags- und Abendstunden, bringt der Welcome-Treff Zugewanderte und Menschen aus der Nachbarschaft zusammen. In den Räumlichkeiten gibt es einen Cafébereich mit Küche und einen Kursraum, in dem beispielsweise Deutschkurse, aber auch Angebote des Frauencafés geschützt und abgetrennt stattfinden können. Das Team um Julia Burghardt besteht aus drei Hauptamtlichen im Gesamtprojekt „Willkommen in Halle – Engagiert für Integration“ und im Treff selbst aus acht Bundesfreiwilligen und etwa 30 Ehrenamtlichen, die Angebote mit mindestens zwei Stunden pro Woche durchführen – das Veranstaltungsprogramm erscheint in vier Sprachen.

Die Pandemie stellt auch den Welcome-Treff vor Herausforderungen. Im Sommer 2020 konnten viele Angebote draußen durchgeführt werden: Spielenachmittag, Deutsch-Spaziergänge, Lauftreff und auch ein Teil der Formularhilfe. In der Pandemie müssen Konzepte kreativ neu gedacht werden. Das Kochprojekt „Kombüse 58“ zum Beispiel

kocht jetzt nicht mehr nur in der Küche vom WELCOME-Treff, sondern verteilt sich auf Teams in verschiedenen Küchen in der ganzen Stadt und zu den Menschen nach Hause und kocht virtuell via Zoom verbunden mit gemeinsamer Einkaufsliste ein Rezept aus dem Heimatland eines Crew-Mitglieds.

Die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt fördern das Projekt. „Den Bundessieger beim Deutschen Nachbarschaftspreis für den Welcome-Treff in Halle (Saale) zu erringen, erfüllt mich als Oberbürgermeister mit besonderem Stolz. Wir haben mit dem Treff einen besonderen Begegnungsort in Halle (Saale), der für freiwilliges Engagement und ein gelebtes Miteinander steht und der aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken ist“, sagt der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), Dr. Bernd Wiegand.

Julia Burghardt
Leiterin WELCOME-Treff
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.



Foto: Stadt Delmenhorst

Jetzt bewerben! Bundespreis kooperative Stadt

Mit dem Bundespreis kooperative Stadt zeichnet die Nationale Stadtentwicklungspolitik erstmals Kommunen aus, die durch verschiedene Aktivitäten und Beispiele die Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Nachbarschaftsgruppen und sozio-kulturellen Akteuren aktiv fördern und so zu einer breiten Mitwirkung am und Mitgestaltung von Stadtraum beitragen. Prämiert wird die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit dem Ziel rechtliche, politische und strukturelle Standards der Kooperation zu etablieren, neue Möglichkeitsräume zu eröffnen und die Akteursvielfalt in Städten zu erhöhen. Die zehn Gewinner erhalten insgesamt eine Summe von 200.000,00 € Preisgeld zur Umsetzung weiterer Projekte der kooperativen Stadtentwicklung. Bewerben können sich Kommunen ab 10.000 Einwohnern noch bis zum 10. März 2021.

➤ <https://koop-stadt.de>



Projekte zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gesucht

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) haben Städte und Gemeinden aufgefordert, beispielgebende Projekte einzureichen, die öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume wie Parks und Gärten erhalten und entwickeln – und damit zu Klimaschutz und Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel beitragen.

Förderfähig sind sowohl investive wie auch investitionsvorbereitende, begleitende und konzeptionelle Maßnahmen. Voraussetzung für eine Förderung ist eine hohe fachliche Qualität, ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen oder ein hohes Innovationspotenzial der Maßnahmen.

Das Programm wird aus dem Energie- und Klimafonds des Bundes finanziert. Bundesmittel stehen in den Jahren 2021 bis 2024 bereit. Kommunen können ihre Projektvorschläge bis zum 15. März 2021 beim BBSR einreichen.

Informationen zur Förderung und zum Bewerbungsverfahren:

➤ www.bbsr.bund.de/klima-raeume

Deutscher Städtetag

Neu im Amt



Foto: Lutz Leitmann / Stadt Bochum

Rechts- und Verfassungsausschuss: Zum neuen Vorsitzenden im Rechts- und Verfassungsausschuss wurde **Sebastian Kopietz**, Stadtdirektor und Beigeordneter für Personal, Recht und Ordnung der Stadt Bochum, gewählt. Er engagiert sich bereits seit 2017 im Ausschuss und war zuvor Ständiger Gast. Kopietz folgt auf **Dr. Stephan Keller**, der zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf gewählt wurde. Keller war seit 2011 Mitglied im Ausschuss, bis 2016 als Beigeordneter für Recht, Ordnung und Verkehr der Landeshauptstadt Düsseldorf und ab 2017 als Stadtdirektor der Stadt Köln. Seit November 2020 steht er an der Stadtspitze von Düsseldorf.



Foto: Dr. Stephan Keller



Foto: StGB NRW

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen: Neuer Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW ist **Christof Sommer**. Zuvor war er 21 Jahre hauptamtlicher Bürgermeister in Bestwig und Lippstadt. Er folgt auf Dr. Bernd Jürgen Schneider, der nach seiner 30-jährigen Tätigkeit für den Verband Ende 2020 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand trat.



Foto: Dustin Gottschalk

Neuruppin: Neuer Bürgermeister von Neuruppin wird **Nico Ruhle**. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 13. März an und folgt auf Jens-Peter Golde (Pro Ruppiner), der seit 2015 an der Spitze der Stadt steht.

Wiederwahl



Foto: Roland Fränkle / Stadt Karlsruhe

Karlsruhe: Oberbürgermeister **Dr. Frank Mentrup** wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2013 die Geschicke der Stadt. Ebenfalls seit 2013 engagiert er sich im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Georg Klebbhan

Biberach an der Riß: **Robert Zeidler** (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt, ist wiedergewählt worden. Seit 2013 steht er an der Spitze der Stadt. Zeidler ist seit 2014 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Chris Danneffel

Uli Burchardt, Oberbürgermeister der Stadt Konstanz, feiert am 1. Februar seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2012 die Geschichte der Stadt Konstanz. Im Deutschen Städtetag engagiert er sich seit 2018 im Präsidium und seit 2015 im Hauptausschuss.

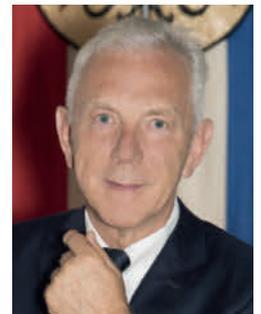


Foto: Stadt Heidenheim

Der Oberbürgermeister von Heidenheim an der Brenz, **Bernhard Ilg**, wird am 8. Februar 65 Jahre alt. An der Spitze der Stadt steht der Christdemokrat seit dem Jahr 2000. Seit 2010 engagiert sich Ilg im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Dr. Eva Lohse, frühere Städtetagspräsidentin und Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, wurde am 23. Januar 65 Jahre alt. Die Christdemokratin stand von 2002 bis 2017 an der Spitze der Stadt Ludwigshafen. Von 2015 bis 2017 war sie Präsidentin des Deutschen Städtetages sowie von 2013 bis 2015 Vizepräsidentin. 13 Jahre lang engagierte sie sich im Präsidium und Hauptausschuss des Verbandes.



Oberbürgermeister **Harry Mergel**, Stadt Heilbronn, feiert am 11. Februar seinen 65. Geburtstag. Der Sozialdemokrat ist seit 2014 Oberbürgermeister von Heilbronn.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya